

## Studentischer Bundesverband: Hochschuldemokratie und Antifaschismus in der Krise besonders wichtig

Die Corona-Krise hat die Wichtigkeit studentischer Mitbestimmung deutlich gezeigt, so die bundesweite Studierendenvertretung fzs. "Gerade dort, wo studentische Vertreter\*innen wirklich in Entscheidungsprozesse involviert wurden, fanden Hochschulen einen vergleichsweise verträglichen Umgang mit der Pandemie", stellt fzs-Vorstandsmitglied Sebastian Zachrau fest.

"Studentische Stimmen sind vom Seminar über den Senat bis zum Rektorat an allen Stellen der Hochschule eigentlich unverzichtbar. Eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen der Hochschule und eine entsprechende Repräsentation in ihren Gremien sorgt dafür, dass studentische Positionen berücksichtigt und durchgesetzt werden können. Zugleich steigt das Verständnis füreinander, wenn z.B. auch in Hochschulleitungen studentische Beteiligung sichergestellt wird", führt Zachrau aus.

Dass gerade auch die bundesweite Interessenvertretung unverzichtbar ist, zeige sich in der derzeitigen Debatte um Finanzhilfen für Student\*innen. Amanda Steinmaus, ebenfalls Mitglied im Vorstand des fzs, sagt dazu: "Wenn die zuständige Ministerin studentische Interessen rundheraus ignoriert, dann ist eine starke Bundesvertretung, wie es der fzs ist, Gold wert. Der fzs gibt der Not der Studierenden eine Stimme."

Steinmaus erzählt: "Um gemeinsam studentische Interessen auf Bundesebene zu vertreten, aber auch um Wissen und Erfahrungen auszutauschen, haben Studierendenvertretungen vor 27 Jahren den freien Zusammenschluss von student\*innenschaften gegründet. Wir freuen uns, dass mit dem Beitritt der Studierendenschaft der Universität zu Köln die größte Präsenzuniversität Deutschlands Mitglied im fzs geworden ist. Damit wurde ein neuer Höchststand der Mitgliedschaft erreicht." Der fzs blickt auf ein Jahr zurück, in dem neben Köln auch die Universitäten Oldenburg, Mainz und Hildesheim Mitglied geworden sind. Auch kleinere Hochschulen aus dem Osten wie die Hochschule Zittau-Görlitz sind beigetreten und können sich so auf Bundesebene Gehör verschaffen.

"Die Wissenschaftsfreiheit wird durch die Hochschulautonomie verwirklicht. Diese Autonomie ist aber nur dann wirklich gegeben, wenn die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden sich demokratisch selbst verwaltet. Dies setzt nicht nur die Freiheit von externer Beeinflussung voraus, wie sie beispielsweise von den sogenannten "Hochschulräte" ausgeht. Es setzt auch eine demokratische Verantwortlichkeit der Hochschulleitung gegenüber allen Mitgliedern der Universitas voraus", führt Steinmaus weiter aus.

Sebastian Zachrau ergänzt: "Die Hochschuldemokratie ist eine wichtige Errungenschaft der alliierten Besatzung. Ihr Anteil an der Entnazifizierung und Demokratisierung darf nicht unterschätzt werden. Wir begrüßen daher ausdrücklich, wenn Studierendenschaften ihrer antifaschistischen Verantwortung nachkommen und sich engagieren. Die Delegitimierung von antifaschistischem Engagement hat dabei in der Bundesrepublik leider eine lange Tradition. Vom KPD-Verbot über den Radikalenerlass bis zum Entzug der Gemeinnützigkeit des VVN-BdA wurde in einer Täter-Opfer-Umkehr Antifaschist\*innen ihre linke Gesinnung immer wieder zum Vorwurf gemacht. Wir als fzs sind hingegen klar der Überzeugung: Antifaschismus ist gemeinnützig!"